



Presseschau vom 15.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Scott Ritter: Die USA nutzen die Ukraine als Testlabor für Drohnen – Russland wird das nicht vergessen

Laut einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters, erwägt die US-Regierung die Lieferung von vier Drohnen vom Typ MQ-1C "Grey Eagle" an die Ukraine, die mit Raketen vom Typ Hellfire (Höllengefeuer) bewaffnet werden können und gegen russische Streitkräfte eingesetzt werden sollen. ...

<https://kurz.rt.com/30r0> bzw. [hier](#)

Rachel Marsden: Ein hochrangiger EU-Beamter nutzte Desinformation, um Russland bei der UNO anzuschwärzen

Der Präsident des Europäischen Rates tut sein Bestes, um ein antirussisches Narrativ zu spinnen. Aber bei genauerem Hinsehen zerfällt dieses Narrativ und sollte noch mehr Skepsis gegenüber der Agenda der EU hervorrufen. ...

<https://kurz.rt.com/30t8> bzw. [hier](#)

Seyed Alireza Mousavi: Israelischer Angriff auf Flughafen von Damaskus schürt neue Spannungen in Nahost

Falls Russland sich aus Syrien zurückzieht, wird eine direkte Konfrontation zwischen Iran und Israel zu befürchten sein, da Moskau bislang die Rolle einer Ordnungsmacht in Syrien gespielt hat. Die Anzeichen mehren sich derzeit, dass der Nahe Osten sich in einer Übergangsphase zum Aufbau einer neuen Ordnung befindet, denn die alten Mechanismen zur Eindämmung der Konflikte in der Region haben seit dem Ukraine-Krieg ausgedient. ...

<https://kurz.rt.com/30v1> bzw. [hier](#)

de.rt.com: NATO-Verteidigungsminister beraten über neues Waffen-Paket für die Ukraine

Bei einem zweitägigen Treffen besprechen NATO-Verteidigungsminister die Aufstockung der Waffenlieferungen an die Ukraine sowie die Anträge Schwedens und Finnlands auf Beitritt zum transatlantischen Militärbündnis. Allerdings zeichnen sich Hindernisse ab. ...

<https://kurz.rt.com/30w8> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:20 de.rt.com: Kadyrow: Kamyschewacha ist vollständig befreit

Wie die Agentur RIA Nowosti [meldet](#), ist die letzte Etappe der Befreiung der Siedlung Kamyschewacha von den ukrainischen Nationalisten abgeschlossen. Dies habe der Chef der Tschetschenischen Republik Ramsan Kadyrow mitgeteilt.

Kadyrow formulierte auf seinem Telegram-Kanal folgendermaßen:

"Die Angehörigen des nach dem russischen Helden Achmat-Chadschi Kadyrow benannten Sonderpolizeiregiments des Innenministeriums der Tschetschenischen Republik haben unter dem kompetenten Kommando meines Helden Russlands Samid Tschalajew zusammen mit den Soldaten des 6. Kosakenregiments jedes einzelne Haus geräumt."

Ihm zufolge könnten die Bewohner des Dorfes "aufatmen", weil sie von nun an "frei von der ukrainischen Besatzung" sind.

Kamyschewacha war ein wichtiges befestigtes Gebiet für die ukrainischen Truppen und befindet sich nördlich der Stadt Popasnaja.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a8c94548fbef55a576e8c6.png>
Soldaten der LVR-Volksmiliz auf einem MT-LB-Transporter in der Siedlung Kamyschewacha

20:45 de.rt.com: **Biden kündigt Plan für Getreide-Export aus der Ukraine über Polen an**
Laut RIA Nowosti planen die USA und die EU den Bau von Zwischenlagern für Getreide an den ukrainischen Grenzen, unter anderem zu Polen, um Weizen zu transportieren, wie US-Präsident Joe Biden erklärt habe.

Biden sprach von etwa 20 Millionen Tonnen Getreide, die in der Ukraine lagerten, so Biden bei einer Rede in Philadelphia.

Die Vereinten Nationen haben wiederholt vor einer drohenden Nahrungsmittelkrise aufgrund von Getreideknappheit gewarnt. Der Westen beschuldigt Russland, die Versorgung der Weltmärkte mit ukrainischem Getreide zu behindern, während Moskau dies vehement bestreitet.

In der Zwischenzeit haben die Kiewer Behörden selbst zahlreiche Hindernisse für den Export von Lebensmitteln geschaffen: Zusätzlich zu den aufgedeckten Brandstiftungen von Getreidespeichern im Hafen von Mariupol haben die ukrainischen Truppen die Gewässer des Schwarzen Meeres vermint, sodass Schiffe weder ein- noch auslaufen können und der Export auf die Weltmärkte unmöglich ist.

Der ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja, erklärte, dass Getreide aus der Ukraine, wenn man westlichen Politikern und Medienberichten Glauben schenken darf, sowohl mit Eisenbahnzügen als auch mit Binnenschiffen auf der Donau exportiert wird. Moskau hat den begründeten Verdacht, dass dieses Getreide nicht für den hungernden globalen Süden bestimmt ist, sondern in den Speichern der europäischen Länder landet, um die Waffen zu bezahlen, die der Westen an Kiew liefert.

Wie Wladimir Putin betonte, behindert Russland den Transport von Getreide aus der Ukraine nicht – und würde sich am Export aus der Ukraine nicht stören. Wenn die Ukraine ihre Häfen freigibt, könnten die Schiffe sie ohne Einschränkungen verlassen, so Putin.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a8cecd48fbef56f2699674.jpg>

21:10 de.rt.com: **Moskau verhängt Sanktionen gegen knapp 50 britische Journalisten und Verteidigungsbeamte**

Als Reaktion auf antirussische Handlungen der britischen Regierung durch die zuvor verhängten Strafmaßnahmen gegen russische Medienschaffende in Großbritannien hat das russische Außenministerium weitere rund fünfzig britische Staatsbürger mit Sanktionen belegt. Auf die schwarze Liste wurden hauptsächlich Journalisten mehrerer britischer Zeitungen, Nachrichtenagenturen und Fernsehsender, darunter BBC, The Guardian, Daily Mail, The Times, Financial Times, The Daily Telegraph und The Sunday Times, gesetzt. Insgesamt standen die Namen von 29 Medienvertretern auf der Sanktionsliste, die das Ministerium am Dienstag auf seiner Webseite veröffentlichte. Allen Betroffenen wird künftig die Einreise nach Russland verboten.

Das Ministerium warf den genannten Journalisten die Beteiligung an der "absichtlichen Verbreitung von verlogenen und einseitigen Informationen über Russland und die Ereignisse in der Ukraine und im Donbass" vor. Es hieß ferner in dem Dokument:

"Mit ihren voreingenommenen Bewertungen tragen sie auch zur Anheizung von Russophobie in der britischen Gesellschaft bei."

Darüber hinaus führte die Behörde Strafmaßnahmen gegen zwanzig Vertreter des britischen Verteidigungsministeriums und der Rüstungsindustrie ein. Das Außenministerium begründete den Schritt mit den Lieferungen britischer Waffen an die Ukraine, die zur Tötung der friedlichen Bevölkerung und zur Vernichtung der zivilen Infrastruktur eingesetzt worden seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a8ce6ab480cc591211621c.jpg>

21:30 de.rt.com: USA beabsichtigen, Geheimdienstinformationen an die Ukraine weiterzugeben, damit sie diese für Angriffe mit den vom Westen gelieferten Mehrfachraketenwerfern nutzen kann

Dies [meldet](#) der Telegram-Kanal Readovka unter Berufung auf den stellvertretenden US-Verteidigungsminister und Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten Colin Cole. Zuvor hatte Colin Cole erklärt, die Vereinigten Staaten strebten keinen Machtwechsel in Russland an, sondern einen hohen Preis und die Stärkung der Ukraine.

"Unser Ziel ist es in erster Linie sicherzustellen, dass die Ukraine sich selbst verteidigen kann, dass eine souveräne, unabhängige und demokratische Ukraine bestehen bleibt, dass wir die Ukraine in die Lage versetzen, ihre Position am Verhandlungstisch zu stärken, wenn die beiden Seiten unweigerlich an diesen Tisch kommen, um darüber zu sprechen, wie das Ganze enden wird, und Russland Kosten aufzuerlegen, die alle Vorteile übersteigen, die sich [Präsident] Wladimir Putin von diesem Konflikt erhofft", so der stellvertretende US-Militärchef.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a8d950b480cc30c17a3ce2.jpg>

Ein US-amerikanischer Raketenwerfer vom Typ "M142 High Mobility Artillery Rocket System" (HIMARS) feuert Salven ab

21:45 de.rt.com: Xi Jinping ermächtigt Chinas Armee zu nicht militärischen Einsätzen

Der chinesische Präsident hat die Armee ermächtigt, unmilitärische Aktivitäten durchzuführen. Diese zielen darauf ab, Chinas Souveränität, die Entwicklungsinteressen und

die Stabilität zu schützen. In Medien wird spekuliert, dass Peking damit eine Invasion Taiwans vorbereitet.

Der chinesische Präsident Xi Jinping hat eine Reihe von nicht militärischen Vorschriften für die chinesische Volksbefreiungsarmee unterzeichnet. Dies berichtete die Nachrichtenagentur Xinhua.

Die neuen Vorschriften dienen dem "Schutz von Menschenleben und Eigentum, der Souveränität, der Sicherheit und den Entwicklungsinteressen des Landes sowie dem Weltfrieden und der Stabilität in der Region". Das Dokument besteht aus 59 Artikeln und wird am 15. Juni in Kraft treten.

Global Times schrieb unter Berufung auf einen nicht genannten Militärexperten, dass zu den nicht kriegerischen Aktivitäten der Armee Katastrophenhilfe und humanitäre Hilfe, die Eskortierung von Seeschiffen und friedenserhaltende Maßnahmen gehören.

Die von der Zeitung befragten Experten wiesen darauf hin, dass Chinas Streitkräfte seit dem Jahr 2020 an der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie beteiligt sind und sich auch an Rettungsaktionen bei Naturkatastrophen wie Erdbeben und Überschwemmungen beteiligt haben. Gesprächspartnern zufolge kann die chinesische Armee durch Anti-Terror-, Anti-Piraterie- und friedenserhaltende Missionen im Ausland die Auswirkungen regionaler Instabilität auf China verhindern, wichtige Transportwege für strategische Materialien wie Öl sichern oder Chinas Investitionen, Projekte und Personal im Ausland schützen.

Unterdessen schrieb die Nachrichtenagentur Radio Free Asia, dass Peking möglicherweise eine Invasion der Insel Taiwan unter dem Deckmantel einer "Sonderoperation" vorbereitet, die nicht als Krieg eingestuft werde.

Taiwan liegt etwa 150 Kilometer vor der chinesischen Küste. Das Gebiet erklärte im Jahr 1949 seine Abspaltung vom Land, doch Peking erkennt diese Entscheidung bis heute nicht an und betrachtet es weiterhin als eine der Provinzen Chinas. Die USA und Russland unterstützen das Ein-China-Prinzip. Die USA unterhalten keine formellen diplomatischen Beziehungen zu Taiwan, verkaufen aber im Rahmen des im April 1979 erlassenen Taiwan Relations Act Waffen an Taipeh. Washington unterhält derzeit offizielle Beziehungen zu Peking. Die chinesischen Behörden werfen den USA vor, eine Konfrontation zu provozieren, und betonen, dass die Taiwan-Frage keine Einmischung von außen dulde.

Ende Mai erklärte US-Präsident Joe Biden, Washington sei zu einer militärischen Reaktion auf eine mögliche Gewaltanwendung Chinas gegen Taiwan bereit. Nach Ansicht des US-amerikanischen Regierungschefs spielt Peking "mit dem Feuer, indem es in der Nähe von Taiwan fliegt und all diese Manöver durchführt". Obwohl Washington eine "Ein-China-Politik" verfolge, bedeute dies nicht, dass "die VR China das Recht hat, Taiwan mit Gewalt zu übernehmen", betonte er. Die Zeitung The New York Times berichtete daraufhin, dass das Weiße Haus seine Bemühungen verstärkt hat, das Verteidigungssystem der Insel umzurüsten, um einen möglichen chinesischen Angriff abzuwehren, und dabei auf die Erfahrungen mit den Waffenlieferungen an die Ukraine zurückgreife.

Das chinesische Außenministerium protestierte gegen Bidens Äußerungen und erklärte, Taiwan sei ein integraler Bestandteil des chinesischen Territoriums. Wu Qian, Sprecher des chinesischen Verteidigungsministeriums, sagte, die chinesische Armee wird alles tun, um eine Abspaltung Taiwans zu verhindern, und sie werde die territoriale Integrität des Landes verteidigen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a8ae8b48fbef5a141418c3.jpg>

21:50 de.rt.com: **UNO nennt Lage in Donezk "extrem angespannt"**

Der Sprecher des UN-Generalsekretärs Stéphane Dujarric hat die aktuelle Situation in Donezk, das am Vortag unter den schwersten Beschuss der ukrainischen Streitkräfte seit 2015 geraten war, als "extrem angespannt" bezeichnet. Bei einem Briefing am Dienstag sagte er: "Die Lage in Donezk ist nach wie vor äußerst angespannt. Die Eskalation der Kampfhandlungen seit der vergangenen Woche hat der Zivilbevölkerung, einschließlich der in der Stadt lebenden humanitären Helfer, enormen Schaden zugefügt." Dujarric erklärte, dass die Vereinten Nationen und ihre humanitären Partner weiterhin mit den Konfliktparteien zusammenarbeiten und zur Einhaltung des Völkerrechts und zum Schutz der Zivilbevölkerung und der zivilen Infrastruktur aufrufen.

21:56 de.rt.com: **Kanadische Sanktionen verzögern volle Wiederinbetriebnahme von Nord Stream 1**

Wie russische Agenturen melden, hat der deutsche Siemens-Konzern bestätigt, dass er eine Turbine für die Nord-Stream-Gaspipeline nach Reparaturen in Kanada wegen der dortigen gegen Russland verhängten Sanktionen nicht zurückschicken kann.

Der deutsche Siemens-Konzern hat laut russischen Nachrichtenagenturen und Bloomberg bestätigt, dass er eine Turbine für die Nord-Stream-1-Gaspipeline nach Reparaturen in Kanada wegen der dort gegen Russland verhängten Sanktionen nicht an den Kunden Gazprom zurückgeben kann. Dies [berichtet](#) ebenfalls die Berliner Zeitung unter Berufung auf einen Unternehmenssprecher.

Die Nachrichtenagentur Bloomberg meldete am Dienstag unter Berufung auf verschiedene Quellen, dass die Turbine nicht wieder an Gazprom zurückgeschickt werden könne. Demzufolge kann auch eine zweite Turbine, die gewartet werden soll, nicht ins Ausland geschickt werden.

Wie die Berliner Zeitung schreibt, hat der russische Energiekonzern Gazprom die Gaslieferungen nach Europa über die Nord-Stream-Pipeline um 40 Prozent gesenkt und dies damit erklärt, dass der deutsche Siemens-Konzern die notwendigen Gaspumpeneinheiten nicht rechtzeitig aus der Reparatur zurückgebracht habe.

Folge davon sei, dass zurzeit nur noch drei Gaskompressoreinheiten eingesetzt werden könnten. Dadurch habe sich die Durchleitung auf 100 Millionen Kubikmeter Gas am Tag anstelle der sonst üblichen 167 Millionen Kubikmeter verringert, so der russische Konzern. Zudem seien an einer Verdichterstation technische Störungen an Motoren festgestellt worden. Die Regulierungsbehörde Rostekhnadzor habe deshalb ein vorübergehendes Betriebsverbot erteilt.

Kanadische Sanktionen gegen Moskau entscheidend

Die Berliner Zeitung zitiert eine Siemens-Sprecherin, die auf Anfrage der Zeitung auf die

Vorgeschichte verwiesen hatte:

"Siemens Energy hat 2009 Gasturbinen für eine Verdichterstation der Nord-Stream 1-Gaspipeline in Russland geliefert. Die Gasturbinen treiben Verdichter an, die für die Druckerhöhung des Erdgases in der Pipeline Nord Stream 1 erforderlich sind. Es handelt sich um sogenannte aeroderivative Gasturbinen, die in Kanada gefertigt wurden und bereits seit mehr als zehn Jahren im Einsatz sind."

Für den sicheren Betrieb der Pipeline seien, so die Konzern-Sprecherin, regelmäßig Wartungsarbeiten an den Turbinen notwendig. Eine Turbine werde gegenwärtig in Montréal überholt, denn "aus technischen Gründen" sei die Revision dieser "aeroderivativen" Gasturbinen nur dort in Kanada möglich.

Aus diesem Grund betreffen die kanadischen Sanktionen gegen Russland offenbar Siemens. Die Siemens-Sprecherin erklärte, dass es Siemens Energy aufgrund der von Kanada verhängten Sanktionen derzeit nicht möglich sei, die überholten Gasturbinen an Gazprom zurückzugeben:

"Vor diesem Hintergrund hatten wir die kanadische und deutsche Regierung informiert und arbeiten an einer tragfähigen Lösung."

"Versorgungssicherheit gewährleistet"?

Wie die Berliner Zeitung weiter schreibt, habe auch die Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums Susanne Ungrad auf Anfrage erklärt, man beobachte die Lage genauer und prüfe den Sachverhalt. Ähnlich habe sich auch die Bundesnetzagentur auf Anfrage geäußert.

Aktuell sei die Versorgungssicherheit weiter gewährleistet, habe es von beiden Seiten geheißt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a8ee2148fbef55a576e8f2.jpg>

22:10 de.rt.com: **Fälle, in denen UAF-Soldaten von Nationalisten erschossen werden, häufen sich – Russisches Verteidigungsministerium**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow [sagte](#) am Dienstag bei einem Briefing in Moskau, dass es in den letzten Wochen immer häufiger zu Zwischenfällen kommt, bei denen ukrainischen Soldaten "von nationalistischen Einheiten" in den Rücken geschossen wird.

Konaschenkow berichtete vom Tod von 32 ukrainischen Soldaten, die in der Nähe von Nowomichailowka in der DVR im Kreuzfeuer getötet worden waren, nachdem sie beschlossen hatten, "ihre Waffen niederzulegen und sich zu ergeben".

Die ukrainischen Behörden haben sich noch nicht offiziell zu diesem Thema geäußert.

22:25 de.rt.com: **DVR berichtet über "Grad"-Beschuss der Siedlung Luganskoe durch ukrainische Einheiten**

TASS [meldet](#), dass die ukrainischen Streitkräfte mit einem "Grad"-Mehrfachraketenwerfer auf die Siedlung Luganskoe in der Donezker Volksrepublik (DVR) geschossen haben. Dies wurde am Dienstag von der DVR-Vertretung dem Gemeinsamen Kontroll- und Koordinierungszentrum (Joint Centre of Control and Coordination, JCCC) des Waffenstillstandsregimes mitgeteilt.

Der Darstellung zufolge wurden fünf Raketen auf Luganskoe abgefeuert.

Bereits am Dienstag wurde berichtet, dass auch andere Städte der DVR mit "Grad"-Raketen beschossen wurden, darunter Jelenowka, Jasinowataja, Makejewka und Donezk.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a8e13448fbef56f269967e.jpg>

Ein ukrainischer Raketenwerfer "BM-21 Grad", in der Nähe von Isjum, südlich von Charkow, im Gefecht, 11. Juni 2022

22:40 de.rt.com: **Tauziehen um zwei zum Tode verurteilte Briten in Donezk: Kreml signalisiert Gesprächsbereitschaft**

Im Tauziehen um die zwei in Donezk zum Tod verurteilten Briten zeigt sich Russland bereit, das Thema mit Großbritannien zu erörtern. Dem Kreml zufolge muss London aber vor allem mit Donezk darüber sprechen. Laut London führt der Weg zur Befreiung der Briten über Kiew.

Der Kremlsprecher Dmitri Peskow hat auf seinem Pressebriefing am 14. Juni erklärt, dass Russland bereit sei, sich Großbritanniens Ansuchen im Fall der beiden in der Volksrepublik Donezk zum Tod verurteilten Briten anzuhören. Bisher habe London Moskau in dieser Sache jedoch nicht angesprochen.

"Natürlich wird alles von einem Ansuchen aus London abhängen. Ich bin mir sicher, dass die russische Seite bereit sein wird, es sich anzuhören."

Zugleich teilte der Sprecher des russischen Präsidenten mit, Großbritannien müsse sich in erster Linie direkt an die Volksrepublik Donezk wenden.

"Man muss sich natürlich an jenes Land wenden, dessen Gericht das Urteil gefällt hat. Und das ist nicht die Russische Föderation."

Die britische Außenministerin Liz Truss sagte ihrerseits am Dienstag in einem Interview für die BBC, sie halte es für richtiger, dass Kiew die Gespräche über die Befreiung der britischen Bürger führe. Sie bezeichnete die zum Tod verurteilten Kämpfer als Kriegsgefangene, die im Bestand der ukrainischen Armee gekämpft hatten. Es sei wichtig, diesen Grundsatz zu verteidigen, daher sei der beste Weg, über Kiew zu agieren.

"Mit dieser Frage beschäftigt sich der Außenminister der Ukraine."

Truss fügte hinzu, dass London alle erforderlichen und wirksamen Maßnahmen treffe, um Shaun Pinner und Aiden Aslin zu befreien. Einzelheiten wollte sie jedoch nicht preisgeben. Am 9. Juni hatte das Oberste Gericht in Donezk die Briten Pinner und Aslin sowie den

Marokkaner Brahim Saadoun wegen der Teilnahme an dem Krieg gegen den Donbass aufseiten der Ukraine zum Tod verurteilt. Nach der Verkündung des Urteils teilte der Vorsitzende des Gerichtskollegiums mit, die Verurteilten hätten 30 Tage Zeit, um gegen das Urteil Berufung einzulegen. Sie könnten zudem ein Gnadengesuch stellen. Für die Entscheidung über das Gesuch wäre das Oberhaupt der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, zuständig. Dieser sagte aber am Sonntag vor Journalisten, er sehe keinen Grund, um die zum Tod verurteilten ausländischen Söldner zu begnadigen. "In erster Linie muss ich mich von dem Gerichtsurteil leiten lassen, das gefallen ist. Nach dem Charakter der Verbrechen, die sie begangen haben, sehe ich keinen Grund und keine Voraussetzungen dafür, dass ich die Entscheidung für eine Begnadigung treffen kann." Das Urteil bezeichnete Puschilin als gerecht. Die drei Männer seien freiwillig und für eine Belohnung in den Donbass gereist, um dort Zivilisten zu töten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a8a2beb480cc5c2e1bdf6.jpg>
Shaun Pinner, Brahim Saadoun und Aiden Aslin bei der Gerichtsanhörung am 9. Juni 2022 in Donezk

22:55 de.rt.com: **Serbischer Innenminister: Die Forderung des EU-Parlaments, Sanktionen gegen Russland zu unterstützen, ist arrogant**

Der serbische Innenminister Aleksandar Vulin hat dem EU-Parlament wegen dessen Druck auf Serbien, Sanktionen gegen Russland zu unterstützen und die Unabhängigkeit der selbsternannten Republik Kosovo anzuerkennen, Arroganz vorgeworfen. Als Reaktion auf einen Bericht mit entsprechenden Forderungen, den der Ausschuss des EU-Parlaments für auswärtige Angelegenheiten am Dienstag verabschiedet hatte, erklärte er:

"Nur jemand, der nichts über Serbien weiß, der arrogant ist, der Mitglied des EU-Parlaments ist oder alles drei zusammen, kann Serbien auffordern, Sanktionen gegen Russland zu verhängen und das so genannte Kosovo anzuerkennen – und das alles in einer einzigen EntschlieÙung."

Darüber hinaus wies der Minister auf den Widerspruch in den Forderungen der EU hin, die einerseits Pluralismus in der Presse fordere, andererseits aber ein Verbot von Medien verlange, deren Gründer aus Russland stammen. Dennoch räumte Vulin ein, dass Belgrad trotz der wachsenden EU-Skepsis im Land auf dem Weg zur EU-Integration bleibe.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a8ee5548fbef56f2699688.jpg>
Aleksandar Vulin bei einer Sicherheitskonferenz in Moskau

vormittags:

7:00 de.rt.com: Russischer Botschafter: US-Lieferungen von Raketenwerfern an Kiew zeigen Eskalationsbestreben Washingtons

Die Äußerungen des US-Vize-Verteidigungsministers für politische Angelegenheiten Colin Kahl zur Ausweitung der Lieferungen von HIMARS-Raketenwerfersystemen an Kiew sind äußerst besorgniserregend und deuten auf die Eskalationsabsicht Washingtons hin. Dies erklärte der russische Botschafter in Washington Anatoli Antonow am Dienstag in einer Antwort auf eine Medienanfrage. Er betonte:

"Es ist äußerst besorgniserregend, dass ein hochrangiger Pentagon-Vertreter die Möglichkeit einräumt, die Lieferung von Langstreckensystemen zu erweitern. Solche Worte können als Absicht Washingtons interpretiert werden, eine weitere Eskalation anzustreben. Dies bestätigt nur, dass die US-Amerikaner nicht nach einer friedlichen Lösung streben."

"Es ist kein Zufall, dass die Äußerungen des Beamten am Vorabend eines weiteren Treffens zwischen den USA und ihren Verbündeten zur militärischen Unterstützung der Ukraine erfolgten. Offensichtlich stellt die US-Regierung auf diese Weise Gleichgesinnte für einen alternativlosen Kurs auf, um das Kiewer Regime mit Waffen vollzupumpen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a95c14b480cc2dca51bd4c.jpg>

8:30 de.rt.com: **Vertreter des Gebiets Cherson: Selenskis Drohungen sind Hysterie**

Der stellvertretende Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebietes Cherson Kirill Stramousov hat die Drohung des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, die Kontrolle über das Gebiet zu übernehmen, als hysterisch bezeichnet. Diese Einschätzung gab er in einem Gespräch mit [RIA Nowosti](#) ab.

In einer auf seinem Telegram-Kanal veröffentlichten Videobotschaft gelobte Selenskij, die Kontrolle über die Krim, den Donbass, einen Teil des befreiten Gebietes Charkow und der Gebiete im Süden der Ukraine – die Gebiete Cherson und Saporoschje – wiederzuerlangen. Stramousov betonte:

"All diese Drohungen wirken lächerlich. Und ehrlich gesagt, es ist nicht mehr lustig. All dies wird auf der Ebene der bloßen Aussagen bleiben. Es handelt sich um sinnlose Hysterie und Krämpfe des faschistischen Regimes. Das Gebiet Cherson wurde vom Faschismus und von diesen Politikern befreit, die alles taten, um zu stehlen, zu zerstören und wegzunehmen. Aber das gehört jetzt der Vergangenheit an. Das Gebiet Cherson ist autochthones russisches Land, das in naher Zukunft ein Teil der Russischen Föderation werden wird. Und dies wird von den Bürgern während der Volksabstimmung, die dieses Jahr stattfinden wird, bestätigt werden."

8:34 de.rt.com: **Diplomat der Salomonen begründet Abkommen mit China: Sicherheitsrisiken müssen abgewendet werden**

Der hochrangige Diplomat der Salomonen Collin Beck hat zu dem umstrittenen Abkommen mit China Stellung genommen. Beck betonte, das Land müsse auf diese Weise seine inneren Sicherheitsrisiken abwenden und Klimaprobleme lösen.

Im März ist ein Sicherheitsabkommen zwischen den Salomonen und China ans Licht gekommen. Das Abkommen löste dabei eine Welle der Kritik aus. Viele westliche Staaten brachten daraufhin ihre Bedenken zum Ausdruck, dies könne zur permanenten Militärpräsenz Chinas auf den Salomonen führen. Nun äußerte sich der Ständige Vertreter der Salomonen bei den Vereinten Nationen und Botschafter in den Vereinigten Staaten Collin Beck dazu in einem Interview mit dem Guardian:

"Sicherheit und Entwicklung sind zwei Seiten derselben Medaille. Jetzt müssen wir uns mit unserer Entwicklungsagenda befassen. Die Salomonen sind in erster Linie ein kleiner Inselentwicklungsstaat, und ihre Anfälligkeit für den Klimawandel ist real."

Beck, der nach einigen Angaben an den Verhandlungen mit China beteiligt gewesen sein soll, betonte, das Abkommen sollte auch den Entwicklungsbedürfnissen der Pazifiknation, den

"inneren Sicherheitsbedrohungen" sowie dem Klimawandel entgegenwirken. In den letzten Jahren hatten die Salomonen fünf Inseln durch den steigenden Meeresspiegel verloren. Es waren große Riffinseln gewesen:

"Wenn man sich also allein den Klimawandel anschaut, braucht es mehr Partnerschaft, nicht weniger Partnerschaft."

Weiter wies der Diplomat darauf hin, dass die Salomonen vor innenpolitischen Herausforderungen stünden, darunter auch wirtschaftliche, da die Bevölkerung zu schnell wachse:

"Wenn wir uns die Sicherheitslage des Landes ansehen, wissen Sie, dass wir eine junge Bevölkerung haben, etwa 18.000 Jugendliche, die jedes Jahr nach Arbeit suchen."

Arbeitslosigkeit sowie Frustration über die Politik der Regierung von Premierminister Manasseh Sogavare sollen für die Unruhen in der Hauptstadt Honiara im vergangenen Jahr verantwortlich gewesen sein. Damals waren drei Menschen verstorben.

Der Entwurf des Abkommens ermöglicht es den Salomonen, China aufzufordern, Polizei, Militär und andere Ordnungskräfte in das Land zu entsenden, unter anderem zur

"Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung" und zum "Schutz von Leben und Eigentum der Bevölkerung". Jedoch versicherte Beck, dies werde auf keinen Fall zu einer Militärpräsenz Chinas führen:

"Es hat nichts mit der Einrichtung einer Militärbasis zu tun."

Überdies glaubt der hochrangige Diplomat, dass die große internationale Aufmerksamkeit, die das Abkommen ausgelöst habe, nicht gerechtfertigt sei, da es viele andere Verträge im Pazifik bestehen. Beck nannte den Quadrilateral Security Dialogue zwischen den USA, Australien, Indien und Japan sowie die Five-Eyes-Allianz für den Austausch von Informationen zwischen Kanada, Neuseeland, Australien, den USA und Großbritannien:

"In den internationalen Beziehungen sind Gleichheit und Fairness sehr wichtig. Wenn es also für andere gut ist, dies zu tun, um die nationalen Sicherheitsinteressen zu gewährleisten, dann müssen wir, wenn wir das Gleiche tun und wir so unter die Lupe genommen werden, wirklich einen Schritt zurücktreten und sagen: Werden die Salomonen von Australien fair behandelt?"

Bezüglich des Abkommens mit China unterstrich Beck, dass es auf Gleichheit, der Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beider Länder beruhe. "Ich möchte nur sagen, dass die Sicherheitszusammenarbeit, die wir mit China haben, auch die atomfreie Pazifikregion der Salomonen respektiert", so der Diplomat.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a8ae6f48fbef02f91f0de0.jpg>

8:50 de.rt.com: **Saporoschje: Personenverkehr wiederhergestellt**

Die Behörden im Gebiet Saporoschje haben den Personenverkehr zwischen den wichtigsten befreiten Städten der Region wiederhergestellt. Das teilte Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebietes, gegenüber TASS mit. Er erklärte:

"Die Kommunikation mit den Beförderungsunternehmen wird fortgesetzt."

"Nun nimmt die Zahl der öffentlichen Verkehrsmittel schrittweise zu. Heute ist es möglich,

von allen größeren befreiten Städten im Gebiet Saporoschje von einer Stadt zur anderen zu fahren."

Rogow stellte klar, dass kommunale und private Verkehrsunternehmen auf den Strecken unterwegs sind.

Die Behörden des Gebietes beabsichtigen, in zwei bis drei Wochen die erste Passagierroute über die Grenze zur Krim einzurichten, so Rogow. Er sagte:

"Ich denke, das ist eine Frage der nächsten Wochen. Innerhalb von zwei oder drei Wochen wird alles vorbereitet sein, sodass der erste Transport starten kann."

Der Politiker nannte keinen Zeitplan für die Einrichtung von Bahnverbindungen für den Personenverkehr, fügte aber hinzu, dass es "auf jeden Fall eine Strecke geben wird":

"Dies ist wirtschaftlich gerechtfertigt und notwendig, da es unmöglich ist, einen solchen Strom von Menschen auf der Straße zu befördern. Das ist der Grund für das Problem an der ehemaligen Grenze, das können wir erkennen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a9620db480cc2f610e19be.jpg>

Fahrgäste an einer Haltestelle der öffentlichen Verkehrsmittel auf einer der Straßen in Melitopol, Gebiet Saporoschje

9:10 de.rt.com: **Blinken: USA sind besorgt über die Lage der ukrainischen Truppen**

Die USA machen sich Sorgen um die ukrainischen Truppen und arbeiten "rund um die Uhr", um sicherzustellen, dass sie alles haben, was sie brauchen. Das verkündete US-Außenminister Anthony Blinken dem Fernsehsender PBS.

In dem Interview wurde er gebeten, zu den Klagen Kiews über den Mangel an Waffen und Munition und die überwältigende Feuerkraft der russischen Streitkräfte Stellung zu nehmen. Blinken erklärte:

"Das Leid an der Front, auf dem Schlachtfeld, ist unermesslich. Die Ukrainer spüren es, sie leiden darunter. Wir sind sehr besorgt darüber, aber wir arbeiten rund um die Uhr daran, sie mit allem zu versorgen, was sie brauchen."

Er erinnerte daran, dass US-Verteidigungsminister Lloyd Austin heute in Brüssel mit Amtskollegen aus Dutzenden von Ländern über den Verteidigungsbedarf der Ukraine sprechen werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a96dde48fbef57226057dd.jpg>
g

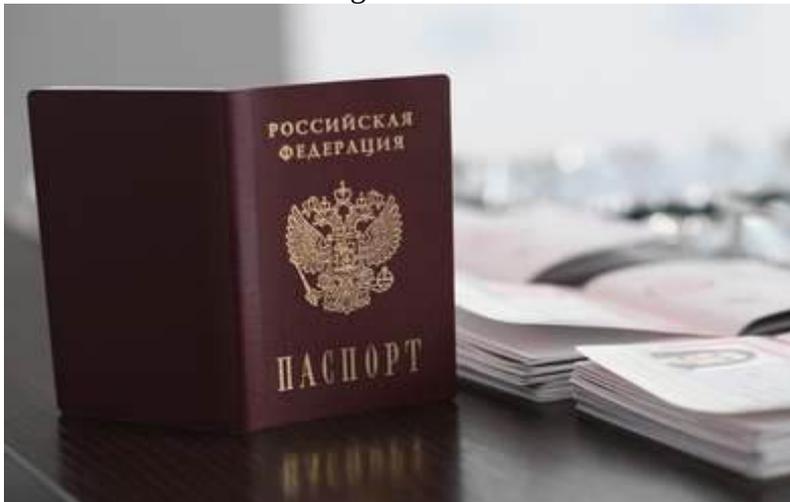
9:30 de.rt.com: Nachfrage nach russischen Pässen im Gebiet Cherson steigt im Eiltempo

Der stellvertretende Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Gebietes Cherson Kirill Stremousow erklärte RIA Nowosti, dass im Gebiet Cherson ein Ansturm auf russische Pässe zu verzeichnen sei. Er sagte:

"Der Andrang ist sehr groß. Immer mehr Menschen wollen die russische Staatsbürgerschaft annehmen. Die Einwohner des Gebietes Cherson stehen heute massenhaft Schlange, um Dokumente für den Erhalt der russischen Staatsbürgerschaft einzureichen, denn Russland kann schützen, Russland kann einen Menschen ernähren und sozial versorgen – ein Land, in dem der Mensch den höchsten sozialen Wert des Staates darstellt."

Stremousow zufolge seien in dem Gebiet bereits mehr als zehntausend Anträge für die russische Staatsbürgerschaft gestellt worden. Er fügte hinzu:

"Jeden Tag erhalten Menschen Pässe und die Schlange wird immer länger. Deshalb erhöhen wir die Zahl der Verwaltungszentren für die Annahme von Dokumenten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a96a13b480cc30f57ed093.jpg>
g

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 15.6.22 um 10:30 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR mehr als 450 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“, BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **18 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss

starben 2 Zivilisten, 8, einer davon ein Kind, geb. 2020, wurden verletzt. 37 Wohnhäuser und 6 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 3 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 6 Lastwagen und mehr als 30 Mann des Gegners vernichtet. 6 Feuerstellungen des Feindes im Gebiet von Awdejewka und Peski wurden beseitigt.

9:40 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Kontrollpunkt im russischen Gebiet Kursk**

Russische Grenzsoldaten haben einen Angriff auf den Kontrollpunkt Krupez im Bezirk Rylski im Gebiet Kursk abgewehrt. Das teilte der Gouverneur des Gebietes Roman Starowoit mit. Er [schrieb](#) auf seinem Telegram-Kanal:

"Heute um 7.30 Uhr beschoss der Feind von ukrainischer Seite den Kontrollpunkt Krupez im Bezirk Rylski. Es gab keine Verletzten oder Schäden. Unsere Grenzsoldaten haben den Angriff mit Gegenfeuer zurückgeschlagen."

9:47 de.rt.com: **Noam Chomsky wirft Washington beispiellose Zensur vor: "Solche Unterdrückung nie erlebt"**

Der prominente US-Professor Noam Chomsky beschuldigt Washington des "Wahnsinns", da alle Informationen aus Russland zensiert würden. Die USA hätten einen Totalitarismus von noch nie dagewesenem Ausmaß erreicht. Niemals habe er solche Zensur erlebt, so der Intellektuelle.

Der bekannteste Linguist der Gegenwart, der US-Amerikaner Noam Chomsky, sprach in dem Interview mit der Organisation Massachusetts Peace Action von "Wahnsinn" angesichts der Tatsache, dass Äußerungen von Vertretern Russlands, darunter Außenminister Sergei Lawrow, in den USA striktester Zensur unterliegen. Chomsky erklärte:

"Die Sperrung russischer Quellen ist reiner Wahnsinn. Warum dürfen wir nicht wissen, was sie sagen? Warum bin ich gezwungen, auf der Website von Al Jazeera nach Aussagen des russischen Außenministers zu suchen? Wir müssen einfach wissen, was los ist."

Er stellte fest, dass die USA Informationen über die Lage in der Ukraine, die nicht mit der Meinung Washingtons übereinstimmen, gänzlich unterdrückten. Zuletzt hätten die US-Behörden ihren Bürgern die Äußerungen und Vorschläge des russischen Außenministers zur Bewältigung der Getreidekrise vorenthalten.

"Die Zensur ist so stark, dass praktisch niemand in Amerika etwas über die aktuelle Entwicklung weiß, es sei denn, er besucht zu diesem Zweck eine marginale libertäre Website, auf der die Wahrheit zu finden ist", erklärte der US-Professor der Massachusetts Peace Action. Er habe vieles erlebt, betonte Noam Chomsky im Interview. Er sei "wahrscheinlich der einzige heute noch lebende Mensch, der das Münchner Abkommen verurteilt hatte, als es unterzeichnet wurde". Was in den heutigen Vereinigten Staaten passiere, sei ihm jedoch niemals widerfahren. "Eine solche Zensur und Unterdrückung habe ich noch nie erlebt", so Chomsky. Er sei der Meinung, dass die USA derzeit einen internen Totalitarismus von noch nie dagewesenem Ausmaß erreicht hätten.

"Es ist verrückt. Und es ist nicht nur das. Wenn man dies plötzlich anspricht, darüber redet,

wird man sofort als Putin-Anhänger und kommunistische Ratte abgestempelt, die Zugeständnisse fordert. Es ist einfach eine erstaunliche Situation", fügte Chomsky hinzu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a86b4748fbef2fd6299e53.jpg>
Professor Noam Chomsky bei der Vorlesung unter dem Motto "Why Iraq?" an der Harvard University am 4. November 2002 in Cambridge, USA

10:00 de.rt.com: **Selenskij gesteht "schmerzhaft" Verluste der ukrainischen Truppen ein**
Die ukrainischen Streitkräfte haben in den vergangenen 24 Stunden "schmerzhaft" Verluste erlitten, erklärte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij auf Telegram. Er verkündete: "Die brutalsten Kämpfe finden nach wie vor in Sewerodonezk und in allen umliegenden Städten und Gemeinden statt. Leider gibt es Verluste – und die sind schmerzhaft."
Selenskij wies darauf hin, dass den ukrainischen Truppen im Gebiet Charkow das Gleiche widerfahre.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 15.06.2022**
Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

32 Mann;

4 Schützenpanzerwagen;

7 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine einen taktischen Raketenkomplex „Totschka-U“ gegen Swatowo eingesetzt.

Durch koordinierte Handlungen der Einheiten der Luftabwehr der Volksmiliz der LVR wurde die **Rakete im Gebiet von Fomowka im Bezirk Swatowo abgeschossen, aber infolge der Detonation von Kassettenmunition erlitt ein Kind, geb. 2011, schwere Verletzungen.**

Das Landwirtschaftslyzeum und eine Stromleitung wurden beschädigt.

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien.

So hat die Volksmiliz der LVR gestern gemeinsam mit Freiwilligen der gesellschaftlichen Organisation „Nahrung des Lebens. Donbass“ warmes Mahlzeiten für die Einwohner von Rubeshnoje geliefert.

Außerdem haben Soldaten der Volksmiliz der LVR gemeinsam mit den Streitkräften der RF humanitäre Hilfe an die Einwohner von Sewerodonezk und Warwarowka geliefert.

11:00 de.rt.com: **LVR-Innenministerium: Ukrainische Armee hält bis zu 1.200 Zivilisten im Asot-Werk fest**

Die Zahl der von den ukrainischen Streitkräften im Asot-Werk in Sewerodonezk festgehaltenen Zivilisten könnte sich auf bis zu 1.200 belaufen. Diese Schätzung gab Witali Kiseljow, stellvertretender Innenminister der Volksrepublik Lugansk, gegenüber TASS ab. Er erklärte:

"In Sewerodonezk sind zwischen 1.000 und 1.200 Zivilisten als Geiseln genommen worden und befinden sich auf dem Gebiet des Asot-Werkes. Sie werden dort seit längerem gewaltsam festgehalten."

Unter den Festgehaltenen befänden sich etwa 127 Kinder. Den Menschen stünden weder Wasser, Nahrungsmittel noch Medikamente zur Verfügung.

Dem Beamten zufolge gibt es in dem Werk unterirdische Bunker und technische Kommunikationsgänge, in denen die Geiseln offenbar festgehalten werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a97b9d48fbef5a14141916.jpg>

11:25 de.rt.com: **Donezker Volksrepublik am Dienstag Tag 64 Mal beschossen**

Das Gemeinsame Zentrum für Kontrolle und Koordination der Donezker Volksrepublik hat gemeldet, dass ukrainische Truppen das Gebiet der Republik am Dienstag 64 Mal unter Beschuss genommen haben. Auf Telegram gab die Behörde [bekannt](#):

"Am vergangenen Tag meldete die Vertretung 64 Fälle von Beschuss durch ukrainische bewaffnete Verbände. Richtung Donezk wurden Mehrfachraketenwerfer vom Typ [Uragan](#), [Grad](#), Artillerie im Kaliber 155 und 122 Millimeter eingesetzt. Richtung Gorlowka Mehrfachraketenwerfer vom Typ Grad, Artillerie im Kaliber 155 und 122 Millimeter, Minenwerfer im Kaliber 120 und 82 Millimeter, Maschinengranatwerfer. Insgesamt wurden 412 Projektile abgefeuert."

Das Gemeinsame Zentrum gab weiter an, dass insgesamt 18 Ortschaften unter Beschuss genommen worden seien. Zwei Zivilisten seien ums Leben gekommen, acht weitere, darunter ein zwölfjähriger Jugendlicher, erlitten Verletzungen. Außerdem seien 37 Wohnhäuser und sechs Objekte der zivilen Infrastruktur beschädigt worden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a98a6248fbef57226057fa.jpg>
Ein Mann auf dem zerstörten Dach der Donezker Mutterschaftsklinik, Aufnahme vom 14. Juni

nachmittags:

12:00 de.rt.com: Medwedew: Wird die Ukraine in ein paar Jahren auf der Weltkarte noch zu finden sein?

Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates Dmitri Medwedew hat die Frage gestellt, ob die Ukraine in einigen Jahren noch auf der Weltkarte zu finden sein wird. Auf seinem [Telegram-Kanal](#) bezog er sich am Mittwoch auf eine Nachricht, die besagt, dass die Ukraine "von ihren Herren aus Übersee im Rahmen des Lend-Lease LNG" beziehen wolle, das erst in zwei Jahren bezahlt werden solle. Andernfalls "wird sie im kommenden Winter einfach erfrieren". Dazu bemerkte Medwedew:

"Nur eine Frage: Wer sagt denn, dass die Ukraine in zwei Jahren überhaupt noch auf der Weltkarte existieren wird?"

Aber, so fuhr er fort, "die US-Amerikaner interessiert das nicht mehr". Sie seien so sehr mit ihrem Anti-Russland-Projekt beschäftigt, dass ihnen alles andere egal sei.

12:30 de.rt.com: Von der Ukraine beschossenes Dorf hatte keine militärischen Objekte

Das am Dienstagmorgen vom ukrainischen Militär beschossene Dorf Sajmischtsche im russischen Gebiet Brjansk hatte keine militärischen Ziele, der Angriff war gegen ein Wohngebiet gerichtet. Dies [erklärte](#) der Gouverneur der Region Alesksandr Bogomas. Der Nachrichtenagentur TASS zufolge sagte er:

"Die Menschen waren erschrocken, als eine Rakete in ein Wohngebiet flog und in einem Gemüsegarten explodierte. Es war acht Uhr morgens, viele waren zu Hause. Zu Verletzten kam es im Gemüsegarten, in den die Rakete einschlug."

Das etwa 40 Kilometer von der ukrainischen Grenze entfernte Dorf Sajmischtsche war am Dienstagmorgen von ukrainischen Soldaten mit einer Rakete vom Typ Totschka-U angegriffen worden. Dabei erlitten sechs Personen Verletzungen, 50 Häuser wurden beschädigt.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/K5entQkOY509IT_QP5jJLoNe8PFTXzhBvCd3qjZye1YrW39oqBett9yxHyxeNzKhDZusYkb7rVGr6i4-7wzrJGn_Asp_j3Cl0EahD4adU167ekwwfSwNA3yckRO-pCs2QNtoyAuA-oMwtCRZjzJgdIE6njVV0ij6uuxN7CeSTIAfGwkqB3Fx9vx41s_ekZYLtzoYPUgzkB5GJKT-WZEntIg_xdQeWDa_rJxZqaVR6ZKCMIdMbl5bJAt9ZlYm_Xqau_JHsQQei3nu9RufuG17oskx6z0KSUYwa88MX9nQL-M4MV1baxNULiOKUf81FPt-psornDl8_bz7hFfqpH2Kw

12:48 de.rt.com: **Streik in Ecuador: Verletzte bei Zusammenstößen zwischen Protestierenden und Polizei**

Bei Protesten gegen die Regierung in Ecuador ist es zu Zusammenstößen zwischen streikenden Indigenen und Sicherheitskräften gekommen. Es gab Berichte über mehrere Verletzte. Die Situation im Andenland spitzte sich nach der Festnahme eines Indigenen-Anführers zu.

Der Verband der indigenen Völker von Ecuador (CONAIE) hat über mehrere Verletzte bei Protesten gegen die Festnahme seines Vorsitzenden Leonidas Iza berichtet. Demnach sei es vor der Haftanstalt in Latacunga, der Hauptstadt der Provinz Cotopaxi, zu [Zusammenstößen](#) zwischen Demonstranten und der Polizei gekommen. Einige Protestierende seien schwer verletzt worden. Die Organisation machte für die Krise Präsident Guillermo Lasso verantwortlich und verurteilte die "schwere Unterdrückung mit Tränengasbomben und Schrottmunition".

Die Organisation berichtete außerdem, dass sich unter den vor dem Zentrum der sozialen Rehabilitation Cotopaxi beim Polizeieinsatz verletzten Menschen auch Frauen und ältere Menschen befunden haben. Auf Twitter wurden entsprechende [Videos](#) verbreitet.

In der CONAIE-Stellungnahme hieß es, dass sich noch mehr Gebiete in Ecuador infolge dieser Staatsgewalt dem nationalen Streik anschließen würden.

Die Polizei von Ecuador berichtete ihrerseits über Angriffe auf Beamte und Akte des Vandalismus gegen Streifenwagen und Pkw. Die Aufgabe der Polizei sei es, für die öffentliche Sicherheit zu sorgen. Die Behörde veröffentlichte auf Twitter ein entsprechendes [Video](#).

Nach Angaben des Senders Radio Pichincha [wurden](#) im Laufe der Protestaktionen mindestens vier Menschen festgenommen. An den Protestaktionen in der Hauptstadt Quito nahmen zahlreiche Studierende teil.

Die Massenproteste hatten im Andenland am Montag begonnen. Sie entzündeten sich unter anderem an den hohen Spritpreisen. Indigene blockierten Straßen und stoppten unter anderem den Fernverkehr, indem sie in mehreren Teilen Ecuadors Barrikaden errichteten. Am Dienstag spitzte sich die Lage weiter zu, nachdem die Behörden den CONAIE-Vorsitzenden Iza festgenommen hatten. Der Indigenen-Verband bezeichnete die Festnahme als illegal und willkürlich.

Mit ihrem Streik wollen die Indigenen die konservative Regierung von Lasso dazu bringen,

zehn Forderungen nachzukommen. Unter anderem verlangen sie, die Treibstoffpreise einzufrieren, den Schuldendienst für mehr als vier Millionen Familien zu stunden, faire Preise für landwirtschaftliche Produkte festzulegen und das Selbstbestimmungsrecht der indigenen Völker zu achten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a9929248fbef02f91f0e53.jpg>
Menschen fotografieren ein brennendes Polizeiauto in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito, 14. Juni 2022

12:55 de.rt.com: **Medwedew: Westliche Dienstleistungswirtschaft fährt mit Vollgas an die Wand**

Dmitri Medwedew, stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, hat darauf hingewiesen, dass der westlichen Dienstleistungswirtschaft und den digitalen Währungen gerade immenser Schaden zugefügt wird. Auf Telegram kommentierte er das zu erwartende nächste EU-Sanktionspaket:

"Ich werde Sie nicht an die Inflation, die Preise für alle Arten von Kraftstoffen und die Prognosen für den wirtschaftlichen Niedergang erinnern. Alle Daten sind öffentlich zugänglich. Und dies ist erst der erste Sommermonat. Warten wir auf den Herbst, wenn die Haupternte der Sanktionen eingebracht werden muss. In der Zwischenzeit eilt der Dampfbahnzug ihrer Dienstleistungswirtschaft und digitalen Währungen mit Volldampf in Richtung Wand."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a9902bb480cc207a0b6012.jpg>
g

13:15 de.rt.com: **LVR: Ukraine sabotiert humanitären Korridor aus dem Werk Asot**

Ukrainische Truppen sollen den zur Evakuierung von Zivilisten eingerichteten Korridor am belagerten Werk Asot in Sewerodonezk beschossen haben. Dies berichtete laut RIA Nowosti der Leiter des Garnisondienstes des zweiten Armeekorps der Lugansker Volksmiliz Aleksandr Nikischin:

"Wir haben begonnen, die Waffenruhe einzuhalten und einen Korridor vom Werktor bis zur Ausfahrt aus Sewerodonezk organisiert. Aber schon um 8:10 begann der Beschuss am Werktor."

Der Korridor sei mit einem Panzer, Minenwerfern und einer Selbstfahrlafette vom Typ Nona beschossen worden und habe geschlossen werden müssen, so Nikischin weiter. Insgesamt habe nur ein älterer Mann das Werk verlassen können:

"Am ersten Tag der Nutzung des humanitären Korridors ist nur ein Großvater durch diesen hinausgelangt. Anscheinend wusste er nichts vom Korridor und ging zufällig hinaus, indem er die Nationalisten vorgeblich bat, seine Sachen zu holen."

Nach Angaben des Botschafters der LVR in Russland Rodion Miroshnik befinden sich in Sewerodonezk auf dem Gelände des eingeschlossenen Werks Asot noch etwa 500 Zivilisten, darunter 40 Kinder.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 15. Juni 2022 hat die Truppengruppierung der DVR und LVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF 238 Ortschaften, einschließlich Rassadki, befreit und die vollständige Kontrolle über sie hergestellt.

14:29 (13:29) novorosinform.org: **Ukrainische Streitkräfte haben eine Schule in Gorlowka zerstört und mehrere Hochhäuser beschädigt – Bürgermeister**

Ukrainische Militante zielten auf das Lenin-Bergwerk in Gorlowka und schossen gleichzeitig auf nahe gelegene mehrstöckige Gebäude und eine Schule, schrieb Iwan Prichodko in seinem Telegram-Kanal.

„Infolge des Beschusses der BFU wurde die Schule Nr. 31 im Lenin-Prospekt schwer beschädigt“, sagte er.

Eine ukrainische Granate traf auch das Verwaltungsgebäude des Lenin-Bergwerks. Der Beschuss dauert an.



https://novorosinform.org/content/images/67/36/46736_720x405.jpg

Zerstörte Schule Nr. 31 in Gorlowka

13:30 de.rt.com: **Russischer Premierminister: Globales Ziel der Regierung ist die**

Sicherung der wirtschaftlichen Souveränität Russlands

Das globale Ziel der russischen Regierung ist, die wirtschaftliche Souveränität des Landes zu gewährleisten. Das verkündete der russische Ministerpräsident Michail Mischustin am Mittwoch auf einer strategischen Regierungssitzung über die Hauptrichtungen der Wirtschaftspolitik unter Sanktionen. Er betonte:

"Wir haben jetzt neue Aufgaben vor uns. Unter anderem müssen wir einen langen Planungshorizont und eine mittelfristige Anpassung der Wirtschaft festlegen. Das globale Ziel unserer Zusammenarbeit ist, die wirtschaftliche Souveränität der Russischen Föderation zu gewährleisten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a99da948fbef55e75c6766.jpg>

13:40 de.rt.com: **Russische Luftwaffe zerstört US-Haubitzen in der Ukraine**

Die russische Luftwaffe soll in den vergangenen 24 Stunden mehr als zehn Feldartilleriegeschütze in der Ukraine zerstört haben, darunter auch Schlepphaubitzen vom Typ M777 aus US-amerikanischer Produktion. Das teilte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow bei einer Pressekonferenz mit. In der Erklärung hieß es:

"Die Luftangriffe eliminierten mehr als 300 Nationalisten, eine Station für elektronische Kriegsführung nahe der Siedlung Malinowka im Gebiet Charkow, zehn Panzer und weitere gepanzerte Kampffahrzeuge, drei Grad-Mehrfachraketenwerfer, 18 Spezialfahrzeuge, drei Mörser sowie elf Feldartilleriegeschütze, darunter vier 155-Millimeter-Haubitzen vom Typ M777."

Darüber hinaus hätten hochpräzise Kalibr-Langstreckenraketen im Gebiet Lwow ein Munitionsdepot ausländischer Waffen zerstört, die in die Ukraine geliefert worden seien, darunter auch Munition für die US-amerikanischen M777, fügte der Generalleutnant hinzu. Auf dem Militärflugplatz Wosnesensk im Gebiet Nikolajew seien ukrainische Flugzeuge von Luft-Luft-Raketen zerstört worden. Außerdem sollen auf dem von der ukrainischen Armee kontrollierten Territorium der Volksrepublik Donezk und im Gebiet Dnepropetrowsk eine große Anzahl von Waffen und militärischer Ausrüstung zerstört worden sein, die von den USA und europäischen Ländern an die ukrainische Gruppierung im Donbass geliefert worden seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a9a9c548fbef5a1414195f.jpg>

13:55 de.rt.com: **"Russland einen Preis auferlegen" – Pentagon benennt Ziele im Ukraine-Konflikt**

Relativ deutlich erklärte der US-Unterstaatssekretär für Verteidigungspolitik Colin Kahl am Dienstag, welche Ziele die USA im Ukraine-Konflikt antreiben. Russland müsse einen Preis zahlen, der über die Vorteile hinausgehe, die sich Putin von diesem Konflikt erhoffe, so Kahl. Die USA versuchen, den Konflikt in der Ukraine für Moskau kostspieliger zu machen, als es sich der russische Präsident Wladimir Putin erhofft habe, erklärte der US-Unterstaatssekretär für Verteidigungspolitik Colin Kahl am Dienstag. Kahl betonte, dass Russland in der Ukraine nur "taktische" Fortschritte mache und dessen "grandiosen Ziele", die Übernahme des gesamten Landes, nicht erreichen könne, auch dank der massiven US-Militärhilfe.

"Wir werden der Ukraine weiterhin das zur Verfügung stellen, was sie für den Kampf braucht", sagte Kahl am Dienstag bei der Eröffnung einer Konferenz, die vom Center for a New American Security (CNAS) organisiert wurde, einer den Demokraten nahestehenden Denkfabrik, in der er früher tätig war.

Allein die Biden-Administration hat der Ukraine über 5,3 Milliarden US-Dollar an Militärhilfe zur Verfügung gestellt, davon 4,6 Milliarden US-Dollar seit dem 24. Februar, so Kahl. Das Ziel der USA sei es "sicherzustellen, dass die Ukraine sich selbst verteidigen kann, dass eine souveräne, unabhängige, demokratische Ukraine fortbesteht, dass wir der Ukraine die Möglichkeit geben, ihre Position am Verhandlungstisch zu stärken", erklärte Kahl, und "Russland einen Preis aufzuerlegen, der über die Vorteile hinausgeht, die sich Wladimir Putin von diesem Konflikt erhofft".

"Unser Ziel war nicht der Regimewechsel in Russland", ergänzte Kahl auf der CNAS-Konferenz. Präsident Joe Biden sagte Ende März bekanntermaßen etwas anderes. Seine Berater machten jedoch schnell einen Rückzieher und erklärten, es gebe keine Änderung der US-Politik und Biden sei einfach nur "emotional" gewesen. Der US-Präsident wiederholte diese Erklärung nach seiner Rückkehr aus Polen, betonte aber, dass er nichts zurückgenommen habe.

Kahl zufolge ist Putin "in diesen Krieg gezogen, um sich die Ukraine unter den Nagel zu reißen. Ich glaube, er hatte sich eine Art Sturmloch auf Kiew vorgestellt, um einen Regimewechsel herbeizuführen", und dann sei das russische Militär "in der Schlacht schwer geschlagen" und aus der ukrainischen Hauptstadt zurückgeworfen worden.

Der Pentagon-Beamte unterstellte Putin, "imperiale Ambitionen" zu haben und "Gebiete zurückfordern zu wollen, die seiner Meinung nach zu einer glorreichen Vergangenheit des russischen Reiches gehörten". Da die ukrainischen Truppen "standhafte Verteidiger" seien und "zäh durchhielten", glaubt Kahl nicht, dass die Russen "die Fähigkeit haben, diese grandiosen Ziele zu erreichen".

Die russischen Truppen hätten zwar Fortschritte in der Ukraine gemacht, aber es handele sich dabei "nicht um große, durchschlagende Durchbrüche der ukrainischen Verteidigung", so Kahl weiter. Sowohl die Ukrainer als auch die Russen hätten Verluste zu beklagen, und "die Frontlinien bewegen sich nicht sehr viel". Ein Großteil der Kämpfe in der Ukraine finde in der Tat in Städten statt, in denen ukrainische Truppen Befestigungen errichtet hätten, weil ihnen schwere Artillerie fehle, sagte Präsidentenberater Michail Podoljak am Dienstag in einem Interview.

Russische und verbündete Truppen überquerten letzte Woche den Fluss Sewerskij Donez, nachdem sie Swjatogorsk eingenommen hatten, und rückten auf Slawjansk vor. Der größte Teil der stark befestigten Stadt Sewerodonezk wurde ebenfalls eingenommen, während die verbleibenden ukrainischen Truppen von den Rückzugsstellungen in Lissitschansk abgeschnitten sind. Die Regierung in Kiew bestätigte am 26. Mai, dass sie die wichtige Stadt Krasny Liman verloren hat, während der Verlust von Popasnaja Anfang Mai den zentralen Teil der ukrainischen Linie im Donbass ins Wanken gebracht hat.

Was die Frage angeht, wann und wie der Konflikt in der Ukraine enden könnte, so sagte Kahl, dass die USA die Position vertreten, "dass wir niemandem vorschreiben werden, was und wann er zu verhandeln hat". Weiter führte er aus:

"Es ist nicht klar, ob die Mindestanforderungen der einen Seite mit den maximalen Zugeständnissen der anderen Seite übereinstimmen."

Laut ukrainischen Medien erklärte der britische Premierminister Boris Johnson Anfang April gegenüber Kiew, dass der Westen nicht bereit sei, mit Russland Frieden zu schließen, woraufhin die Gespräche mit Moskau eingestellt wurden. Kahl war zuvor stellvertretender Verteidigungsminister für den Nahen Osten in der ersten Regierung von Barack Obama (2009–2011). Nachdem Washington den Putsch in Kiew unterstützt hatte und der damalige Vizepräsident Joe Biden mit der Ukraine-Politik betraut worden war, wurde Kahl 2014 sein Nationaler Sicherheitsberater. Während der Trump-Administration arbeitete er bei CNAS, bevor er nach einer parteiinternen Abstimmung im Senat zum Pentagon zurückkehrte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a99aa248fbef5a14141942.jpg>

Während der Kämpfe zwischen ukrainischen und russischen Truppen in der ostukrainischen Region Donbass am 14. Juni 2022 steigt Rauch aus der Stadt Sewerodonezk auf

13:55 de.rt.com: **Medienbericht: Einige Einheiten der ukrainischen Streitkräfte ziehen es vor, keine westlichen Waffen zu verwenden**

Die ukrainischen Streitkräfte ziehen es in einigen Fällen vor, keine ihnen "unbekannten" westlichen Waffen zu verwenden, sondern greifen auf ihre kommerziellen Gegenstücke zurück. Das berichtete der Fernsehsender CNN unter Berufung auf eine sachkundige Quelle. Der Quelle zufolge gäbe es Schwierigkeiten bei der Umstellung der ukrainischen auf westliche Systeme, die den NATO-Standards entsprechen. So hätten die ukrainischen Truppen zwar "hunderte" von US-Switchblade-Kamikaze-Drohnen erhalten, einige Einheiten würden

es jedoch vorziehen, kommerzielle Drohnen einzusetzen, so eine Quelle. Einem hochrangigen US-Beamten zufolge versuche Washington, sich einen besseren Überblick über den "Verbrauch" von Waffen und Munition in der Ukraine zu verschaffen. Für den Westen sei es schwierig, das Vorgehen Kiews zu beurteilen, auch weil die ukrainische Führung ihren westlichen Partnern Informationen vorenthalte.

14:20 de.rt.com: **Vorsitzender der polnischen Regierungspartei: Militärische Lösung des Ukraine-Konflikts darf nicht ausgeschlossen werden**

Der Vorsitzende der regierenden polnischen rechtskonservativen Partei "Prawo i Sprawiedliwość" und stellvertretender Ministerpräsident Jarosław Kaczyński hat vor einer Niederlage des Westens im Ukraine-Konflikt gewarnt und aufgerufen, dessen militärische Lösung zu erwägen. In einem Interview mit der Zeitung Gazeta Polska sagte er: "Beachten Sie bitte, dass eine Niederlage des Westens, vor allem der USA, in der Ukraine etwas viel Ernsteres sein wird als in Vietnam, geschweige denn Afghanistan." Der Krieg müsse gewonnen werden, denn die Fixierung darauf, einen Krieg mit Russland zu vermeiden, würde angeblich die westliche Position schwächen. Daher solle sich der Westen nicht zu sehr an der Vermeidung einer militärischen Lösung des Konflikts festhalten, so Kaczyński.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a9bb0348fbef513f607b5b.jpg>

15:21 (14)21) novorosinform.org: **Russische "Kalibr" zerstörten ein NATO-Munitionsdepot in der Nähe von Lwow**

Die russische Marine hat mit Marschflugkörpern ein Lagerhaus mit Munition für amerikanische Haubitzen liquidiert, das sich in der Nähe der Stadt Solotschew in der Region Lwow befand.

Die Munition wurde von NATO-Staaten in die Ukraine transferiert. Die Granaten seien unter anderem für die Haubitzen M777 bestimmt gewesen, sagte der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow.

Er fügte hinzu, dass das Lager von hochpräzisen Kalibr-Raketen getroffen wurde.

Kürzlich haben ukrainische Kämpfer damit begonnen, M777-Haubitzen mit einem Kaliber von 155 mm aktiv einzusetzen, um Wohngebiete im Donbass zu beschießen. Kürzlich wurde ein 14-jähriger Teenager infolge eines Treffers mit diesen Waffen in der Stadt Rubishnoje in der LVR getötet.



https://novorosinform.org/content/images/67/51/46751_720x405.jpg

14:45 de.rt.com: **Ukrainisches Getreide im Gebiet Saporoschje nationalisiert**

Das Oberhaupt der militärisch-zivilen Verwaltung im russisch kontrollierten Gebiet Saporoschje Jewgeni Balizki hat erklärt, dass ukrainische Getreidevorräte in der Region nationalisiert worden seien. In der Fernsehsendung Solowjow Live sagte er:

"Es gibt staatliches Getreide, das wir nationalisiert haben."

Balizki zufolge wurde das Getreide nationalisiert, was bereits zuvor dem Staat gehört hatte. Der Besitzer sei aber nunmehr das Gebiet Saporoschje und nicht der ukrainische Staat.

15:04 de.rt.com: **Israel soll Gas über Ägypten nach Europa liefern**

Künftig soll Israel verflüssigtes Gas über Ägypten nach Europa liefern. Mit einer am Mittwoch unterzeichneten Einigung will sich die EU unabhängiger von Gas aus Russland machen. Außerdem ist seit Jahren eine 1.900 Kilometer lange Mittelmeer-Pipeline in Planung. Während eines Besuchs von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Kairo am 15. Juni haben Ägypten, Israel und die EU ein Abkommen [unterzeichnet](#), wonach Israel künftig verflüssigtes Gas über Ägypten nach Europa liefern wird. Das Dokument wurde von der israelischen Energie-Ministerin Karin Elharrar, dem ägyptischen Erdöl-Minister Tarek el-Molla und der EU-Energiekommissarin Kadri Simson signiert.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz [bezeichnete](#) von der Leyen das Dokument als "historisch". Die Einigung komme zu einer "sehr schwierigen Zeit" für die EU und sei Teil der Bemühungen, die Kohlenwasserstofflieferungen zu diversifizieren und fossile Brennstoffe von "vertrauenswürdigen Lieferanten" zu importieren.

Elharrar sagte ihrerseits, der Deal sei ein Ergebnis des Ukraine-Kriegs, der eine Energiekrise in der EU ausgelöst habe. Darüber hinaus hob sie die zunehmende Zusammenarbeit zwischen zwei ehemaligen verfeindeten Staaten Ägypten und Israel hervor. El-Molla nannte das Abkommen einen wichtigen Meilenstein für die Kooperation zwischen Ägypten, Israel und der EU.

Der Erklärung zufolge soll Israel Gas ins benachbarte Ägypten liefern, das dort verflüssigt und nach Europa exportiert werden soll. Für Ägypten wie auch für das Nachbarland Jordanien ist Israel dank einer bestehenden Pipeline zu einem der wichtigsten Gaslieferanten geworden. Die EU ist der größte Importeur von Erdgas weltweit. Erdgas macht derzeit rund ein Viertel des Energieverbrauchs der EU aus. Ein Großteil davon wird eingesetzt, um Gebäude zu heizen. Im Mittelmeer ist seit Jahren eine 1.900 Kilometer lange Pipeline in Planung, um Gas von Israel über Zypern nach Griechenland und damit in die EU zu leiten. Dieser Weg wäre billiger als die Umwandlung in Flüssiggas.

Im östlichen Mittelmeer gibt es große Gasvorkommen, darunter die israelischen Felder Tamar und Leviathan sowie das ägyptische Zohr-Feld. Um diese Vorkommen konkurrieren

Energiekonzerne wie Eni, BP und Total, die sich mit ihren Gas-Portfolios breiter aufstellen und sich vom Öl unabhängiger machen wollen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a9bf5eb480cc283b4e7e31.jpg>

Eine Bohrplattform auf dem Leviathan-Gasfeld im Mittelmeer vor der nördlichen Küste Israels, 24. Februar 2022

15:15 de.rt.com: **Hafen von Cherson nimmt wieder Betrieb auf**

Der Handelshafen der von Russland kontrollierten Stadt Cherson arbeitet wieder und bereitet sich auf erste Frachtverladungen vor. Nach Angaben der Nachrichtenagentur RIA Nowosti berichtete die militärisch-zivile Verwaltung der Region:

"Der Chersoner Seehandelshafen hat den Betrieb wiederaufgenommen und bereitet sich auf Frachtverladungen vor. Die Infrastruktur wird wiederhergestellt, Reparaturen werden durchgeführt, es laufen Vorbereitungen zur Wiederaufnahme des normalen Betriebs."

Die Verwaltung betonte außerdem, dass ein besonderes Augenmerk bei künftiger Infrastrukturentwicklung der Region auf der Flussschifffahrt liegen solle.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a9d5a1b480cc29133dfbde.jpg>

g

Hafen von Cherson, Aufnahme vom 12. Juni

16:00 de.rt.com: **Russisches Vermögen im Wert von 4,48 Milliarden Euro in Deutschland eingefroren**

Seit Beginn der Sanktionen gegen Russland hat Deutschland russisches Vermögen im Wert von 4,48 Milliarden Euro eingefroren. Dazu zählten unter anderem Zentralbankguthaben, aber auch unternehmerische Beteiligungen, sagte Finanzminister Christian Lindner (FDP) am

heutigen Mittwoch in Berlin. Details nannte er zunächst nicht. Die EU hat sich seit Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine Ende Februar inzwischen auf sechs Sanktionspakete verständigt.

16:04 de.rt.com: **Gazprom: Weitere Gasturbine bei Nord Stream 1 muss gestoppt werden**

Gazprom stellt den Betrieb einer weiteren Siemens-Gasturbine in der Verdichterstation Portowaja ein. Diese könne ab dem 16. Juni nicht mehr als 67 Millionen Kubikmeter Gas pro Tag an Nord Stream 1 liefern, so das Unternehmen.

Wie die Agentur RIA Nowosti meldet, muss der russische Gasversorger den Betrieb einer weiteren Turbine in einer Gasverdichterstation der Pipeline Nord Stream 1 einstellen.

"Aufgrund des Endes des Überholungsintervalls vor der Überholung (in Übereinstimmung mit der Anordnung von Rostechnadzor, und unter Berücksichtigung des technischen Zustands des Triebwerks) stellt Gazprom den Betrieb eines weiteren Siemens-Gasturbinenriebwerks in der Kompressorstation Portowaja ein",

teilte das Unternehmen in einer Erklärung auf seinem Telegram-Kanal mit.

"Die tägliche Kapazität der Portowaja-Kompressorstation wird ab dem 16. Juni, 01:30 Uhr Moskauer Zeit, bis zu 67 Millionen Kubikmeter pro Tag betragen",

heißt es in der Erklärung weiter.

Westliches Sanktionsregime

Gazprom teilte am Dienstag mit, dass das Unternehmen aufgrund von Einschränkungen in der Portowaja-Verdichterstation lediglich in der Lage sei, maximal 100 Millionen Kubikmeter Gas pro Tag an Nord Stream 1 zu liefern, statt der geplanten 167 Millionen. Grund dafür sei, dass man aktuell nur noch drei Gasverdichtereinheiten nutzen könne, insbesondere aufgrund von Verzögerungen bei der Reparatur durch das deutsche Unternehmen Siemens.

Für Deutschland ist Nord Stream 1 inzwischen die Hauptversorgungsleitung mit russischem Gas. Zuvor war schon die Leitung Jamal-Europa nicht mehr befüllt worden, da Polen nicht auf die geänderten Zahlungsbedingungen eingegangen war. Reduziert ist auch die Durchleitung von russischem Gas durch die Ukraine (Druschba-Pipeline), die deutlich unter Plan liegt – aufgrund von Behinderungen durch die ukrainische Seite. In den letzten Monaten hatten sich wegen der westlichen Sanktions- und Embargo-Politik gegen Russland die Energiepreise bereits drastisch erhöht. Die fertiggestellte Gaspipeline Nord Stream 2 ist bisher nicht in Betrieb genommen worden.

Parallel teilte der italienische Energieversorger Eni am heutigen Mittwoch der TASS mit, dass das Unternehmen von Gazprom Nachricht über eine Begrenzung der Gaslieferungen erhalten habe.

"Eni bestätigt, dass Gazprom eine begrenzte Reduzierung der Gaslieferungen für heute um etwa 15 Prozent mitgeteilt hat. Die Gründe für die Kürzung wurden bisher nicht bekannt gegeben. Eni beobachtet die Situation kontinuierlich",

sagte ein Unternehmenssprecher. Wie Reuters ergänzend dazu meldete, hat Italien im vergangenen Jahr 40 Prozent seiner Gasimporte aus Russland bezogen, was rund 29 Milliarden Kubikmeter entspricht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a9e9dd48fbef5a141419d6.jpg>
Anbindungsstation der Pipeline Nord Stream 1 in Lubmin, April 2022

16:30 de.rt.com: **Xi Jinping ruft zur Lösung des Ukraine-Konflikts auf**

In einem Telefongespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin hat Chinas Staatsoberhaupt Xi Jinping gefordert, dass alle Beteiligten sich um eine Lösung der Ukraine-Krise bemühen sollten. Die Nachrichtenagentur RIA Nowosti zitierte Xi unter Verweis auf China Central Television wie folgt:

"Alle Beteiligten sollen eine verantwortliche Haltung einnehmen und sich um eine gebührende Lösung der Ukraine-Krise bemühen. China ist bereit, in diesem Zusammenhang eine konstruktive Rolle zu spielen."

Chinas Staatsoberhaupt betonte, dass sein Land die Ukraine-Krise stets selbstständig beurteilt habe.

17:45 (16:45) novorosinform.org: **Agrotechnische Unternehmen der Region Saporoschje wurden von den Streitkräften der Ukraine beschossen**

Ukrainische Nationalisten haben auf eine Reihe von Unternehmen des agrotechnischen Sektors des Pologowskij-Bezirks in der Region Saporoschje geschossen. Dies wurde von RIA Novosti unter Berufung auf eine Quelle in Strafverfolgungsbehörden gemeldet.

Das Video, das am 13. Juni in den Besitz der Sicherheitskräfte gelangte, zeigt, wie die 45. Artilleriebrigade der Streitkräfte der Ukraine das Feuer auf landwirtschaftliche Gebäude in der Nähe von Pologow leitet und korrigiert. Dort wurden Getreide, Sonnenblumen und Mais gelagert sowie Spezialgeräte gewartet.

Eine Quelle von [RIA Novosti](http://ria.ru) berichtete, dass der größte Teil der Ausrüstung nicht mehr repariert werden könne, die Hangars zerstört und das Kraftstoff- und Schmierstoffdepot sowie das Pflanzmaterial niedergebrannt seien.



https://novorosinform.org/content/images/67/82/46782_720x405.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 15. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

In 40 befreiten Ortschaften wurden **Renten- und Sozialzahlungen** durchgeführt.

In **Mariupol** wurde Ausrüstung zum **Zugang zum Internet** wieder in Betrieb genommen.

An den Eisenbahnstationen Wolnowacha, Mariupol-Hafen, Mariupol, Satschatjewka, Rosowka und Kaltschik wurden 82m Eisenbahngleis wiederhergestellt.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich 3197 Menschen.

Zivilschutzkräfte haben **mehr als 6 Hektar Territorium untersucht und 415 explosive Objekte entschärft**.

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben in Mariupol, Krasnyj Liman, Nowosjolowka und Wolodarskoje 6615 humanitäre Pakete ausgegeben.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministeriums der DVR zu wenden.

18:21 (17:25) novorosinform.org: **Das Tempo der Kapitulation der Streitkräfte der Ukraine beginnt zu steigen – Föderationsrat**

Während die Truppen der Russischen Föderation vorrücken, nimmt das Tempo der Übergabe von Gebieten durch Kiew zu. Dies erklärte Wiktor Bondarew, Vorsitzender des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses des Föderationsrates.

Ihm zufolge deutet dieser Trend darauf hin, dass der Erfolg der russischen Operation in der Ukraine unvermeidlich ist.

„Neue freiwillige nationalistische Bataillone werden nicht mehr gebildet und bestehende werden nicht mit neuen Kräften aufgefüllt“, sagte Bondarew.

Der Vorsitzende des Ausschusses betonte, die Ziele der Spezialoperation würden erreicht, egal mit wie vielen Waffen der Westen Kiew versorge.

Bondarew stellt fest, dass jeden Tag mehr Länder die Ukraine zu Friedensgesprächen drängen würden, um in den Augen der breiten Öffentlichkeit nicht als „Kriegstreiber“ angesehen zu

werden.



https://novorosinform.org/content/images/67/89/46789_720x405.jpg

17:25 de.rt.com: **IKEA verkauft alle Fabriken in Russland**

Das schwedische Möbelunternehmen IKEA verkauft alle Fabriken in Russland und reduziert dort seine Aktivitäten. Grund sei die sich verschlechternde Lage mit den Geschäftsprozessen und Lieferketten weltweit, erklärte der Hersteller. Der Einzelhandel bleibe weiterhin "pausiert".

Das Unternehmen wird seine vier Fabriken in den Gebieten Leningrad, Kirow und Nowgorod verkaufen und das Personal in seinen Produktionsstätten reduzieren. Berichten zufolge würden bereits neue Eigentümer für die Fabriken gesucht. Den Arbeitnehmern sei versprochen worden, ihnen bei der Stellensuche zu helfen. Die Gehälter würden bis Ende des Sommers ausgezahlt, die Versicherung bis Jahresende beibehalten.

IKEA habe diese Entscheidung aufgrund der sich verschlechternden Lage mit "Geschäftsprozessen und Lieferketten weltweit" getroffen, berichtete die Agentur Interfax mit Verweis auf ein Schreiben des schwedischen Unternehmens. Die Firmenvertreter betonten, dass sie aufgrund der komplizierten Lage keine Möglichkeiten sehen, den Verkauf in absehbarer Zeit wiederaufzunehmen. "Das ist eine schwierige Entscheidung, aber wir glauben, dass sie notwendig ist", erklärte das Unternehmen.

Das Unternehmen kündigte an, seine letzten Haushaltswaren, die sich derzeit in den Lagern befinden, an Mitarbeiter und Kunden online zu verkaufen.

IKEA hatte in Russland seit dem Jahr 2000 vierzehn Filialen betrieben. Anfang März hatte der Möbelhersteller sein Russland-Geschäft ausgesetzt und seine Produktion in den vier Fabriken vorübergehend gestoppt. Es hieß aus dem Unternehmen, dass die Geschäfte der Kette zumindest bis Ende August geschlossen bleiben.

Der Bürgermeister der kleinen Stadt Tichwin, Alexander Lasarewitsch, östlich von Sankt Petersburg, wo sich eine der Fabriken befand, sagte am Mittwoch zur Online-Zeitung Gaseta.Ru, dass mehr als 1.000 Einheimische in dem Unternehmen gearbeitet hatten und ihre Entlassung ein großes Problem für die Stadt darstelle. "Leider können wir nichts tun, um zu helfen", bedauerte Lasarewitsch. Einige würden einen neuen Job finden, andere würden zum Arbeitsamt gehen. "In der IKEA-Fabrik haben hoch qualifizierte Spezialisten gearbeitet. Für eine kleine Provinzstadt ist das ein großes Problem", sagte der Lokalpolitiker. Es gebe in Tichwin zwar andere Unternehmen, doch auch diese hätten derzeit einige Schwierigkeiten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a9e92848fbef5722605890.jpg>

17:40 de.rt.com: **LVR: Acht Zivilisten von Kontaktlinie nahe Asot-Werk evakuiert**

Militärangehörige der Lugansker Volksrepublik haben acht Zivilpersonen aus einem Keller in der Nähe der Kontaktlinie zum belagerten Asot-Werk evakuiert. Dies berichtete der Leiter des Garnisonsdienstes des zweiten Armeekorps der Lugansker Volksmiliz, Alexander Nikischin. Zuvor hatten LVR-Vertreter bekannt gegeben, dass die Einrichtung eines humanitären Korridors, um Zivilisten ein Verlassen des eingekreisten Werkes zu ermöglichen, vom ukrainischen Militär durch Beschuss sabotiert worden sei.

17:52 de.rt.com: **Baerbock: "Auch wenn wir erschöpft sind, müssen wir alles tun, um die Ukraine zu verteidigen"**

Nach anfänglicher Zurückhaltung gegenüber der Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine erfüllt die Bundesregierung nun fast jeden Wunsch auf der Liste des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij. Mehrfachraketenwerfer und das modernste Luftabwehrsystem IRIS-T SLM sind die neuesten Geschenke aus Berlin. Währenddessen ruft Außenministerin Baerbock bereits zu Durchhalteparolen auf.

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock spricht auf einer Pressekonferenz nach dem Treffen der Außenminister der G7-Staaten im Schlossgut Weissenhaus, Oldenburg in Holstein, Schleswig-Holstein, 14. Mai 2022.

Allmählich macht sich in der Bundesregierung die Erkenntnis breit, dass sich der Krieg in der Ukraine noch eine ganze Weile hinziehen könnte. Eine solche Einschätzung lieferte laut dem Merkur nun Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) im ARD-Brennpunkt vom Dienstagabend. Dort sagte sie:

"Wir müssen erkennen, dass Putin seine Strategie geändert hat. Er hat angenommen, er könne schnell und brutal in die Ukraine einmarschieren und dann das Land niedermachen."

Weil das nicht funktioniert habe, sei Putins Strategie "jetzt auf Langfristigkeit angelegt".

Folglich bräuchte es bei der Unterstützung der Ukraine deshalb einen "langen Atem". Die Ukraine benötige "für das Furchtbare, was jetzt im Donbass passiert", vor allem Unterstützung bei der Luftabwehr wie Artillerie und Drohnen. Ansonsten drohe, dass "im Donbass alles plattgemacht wird, und was das bedeutet, das haben wir ja in Orten wie Butscha oder Irpin gesehen", so Baerbock.

Putins "Zeitspiel" sei brandgefährlich, sagte die Außenministerin. Sollte er im Donbass siegen, könne er dies erst mal innenpolitisch als Erfolg verbuchen und seine Armee neu sortieren, um die Ukraine doch noch komplett zu erobern. Baerbock ruft daher Durchhalteparolen aus:

"Auch wenn wir erschöpft sind, müssen wir alles tun, um die Ukraine zu verteidigen."

Unklar ist, wen Baerbock mit "wir" meint. Am Mittwoch wurde bekannt, dass Deutschland genauso wie die USA dem Regime in Kiew Mehrfachraketenwerfer zur Verteidigung liefern will – auch wenn Russland bereits zu Kriegsbeginn im Vorfeld gedroht hatte, dass derartiges Eingreifen Dritter in den Konflikt schwere Konsequenzen nach sich ziehen wird.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) [kündigte](#) laut dem Business Insider dennoch bei der Generaldebatte im Bundestag die Lieferung des modernsten Luftabwehrsystems an, das Deutschland derzeit besitze.

Die Kosten für das [IRIS-T-SLM](#) genannte Paket aus Hochleistungsradar, Abschussvorrichtung und Kontrollwagen sowie Raketen gibt der hochechtere ukrainische Botschafter in Deutschland Andrei Melnyk [gegenüber](#) der Wirtschaftswoche mit 140 Millionen Euro pro Stück für den deutschen Steuerzahler an. Unklar ist, wie viele dieser Pakete davon geliefert werden sollen. Vor Kurzem hatte die Bundesregierung schon die Aushändigung der ebenfalls modernen Panzerhaubitze 2000 zugesagt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a9cd24b480cc29133dfbc9.jpg>

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock auf einer Pressekonferenz nach dem Treffen der Außenminister der G7-Staaten, Oldenburg in Holstein, 14. Mai 2022

abends:

18:10 de.rt.com: **Stellvertretender Innenminister der Ukraine: Terroranschlag gegen ukrainische Staatsführung vereitelt**

Die ukrainische Nationalpolizei soll einen Terroranschlag gegen die Regierungsspitze des Landes verhindert haben. Das teilte der erste stellvertretende Innenminister der Ukraine, Jewgeni Jenin, mit. Am Mittwoch erklärte er gegenüber der Nachrichtenagentur Ukrinform: "Weitgehend dank der Informationen, die wir von unseren Sicherheitsquellen erhalten, ist es uns sogar gelungen, einen Terroranschlag gegen die Führung unseres Staates zu verhindern." Jenin nannte jedoch keine Einzelheiten und sagte, dass weitere Details später bekannt gegeben würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a9f05248fbef5333424cc9.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 15.06.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 260 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 152 und 122mm sowie 120mm- und 60mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. 21 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zur Zerstörung von ziviler Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Am heutigen Tag wurden durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: ein Mehrfachraketenwerfer BM-21 – „Grad“, ein Lastwagen und mehr als 25 Mann. 2 Feuerstellungen des Feindes im Gebiet von Awdejewka wurden beseitigt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 3 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 12 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:30 de.rt.com: **Ukrainische Truppen verminen Waldgebiete in Donezk mit deutschen Panzerabwehrminen**

Ukrainische Truppen [verminen](#) verstärkt Waldgebiete in Donezk, um so ein Vordringen der Truppen aus Russland und den selbsternannten Republiken zu erschweren. Die Sprengkörper verstecken sie unter dichtem Laub in der Hoffnung, dass die gegnerischen Truppen sie nicht bemerken und in die Sprengfalle tapen.

Diese Einheit nutzte bei ihrer Mission TM-62-Minen aus sowjetischer Zeit und deutsche Panzerabwehrminen vom Typ DM-22.

Der Konflikt geht nun in den vierten Monat und die Schlacht um den Donbass befindet sich in ihrer finalen Phase. Analysten glauben, dass der Donbass schon bald unter russischer

Kontrolle steht. Im Donbass gibt es seit acht Jahren Krieg zwischen Kiew-geführten Truppen und jenen der selbsternannten Republiken. Das völkerrechtlich bindende Friedensabkommen von Minsk war bis zuletzt von Kiew infrage gestellt und nicht umgesetzt worden.



<https://thumbs.odycdn.com/be4bef329c0e269974827b41b7f8deb1.jpg>

19:30 (18:30) novorosinform.org: **In Stachanow stieg die Zahl der Todesopfer durch den Beschuss der Streitkräfte der Ukraine auf vier**

Vier Zivilisten, darunter ein minderjähriger Teenager, starben durch Beschuss ukrainischer Militanter in der Stadt Stachanow, LVR.

Nach vorläufigen Angaben wurden fünf weitere Menschen verletzt. Unter den Verletzten befindet sich nach Angaben der LVR-Vertretung im GZKK auch ein Minderjähriger. Die Vertretung fügte hinzu, dass 10 Häuser durch Beschuss in der Stadt beschädigt worden seien. Im Dorf Krinitschnoje, das ebenfalls von den ukrainischen Streitkräften getroffen wurde, wurden zwei weitere Zivilisten getötet und einer verletzt.

Zuvor wurde berichtet, dass ukrainische Kämpfer mit dem MLRS „Uragan“ auf Siedlungen in der LVR geschossen haben.



https://novorosinform.org/content/images/67/98/46798_720x405.jpg

18:32 de.rt.com: **Streik in Ecuador: Gericht beschließt Freilassung auf Bewährung für Indigenen-Anführer**

Die Festnahme eines der Organisatoren des Streiks in Ecuador hat die Proteste der Ureinwohner weiter angefeuert. Nach einem Richterbeschluss ist Leonidas Iza jetzt wieder unter Auflagen auf freiem Fuß. Er soll sich zweimal pro Woche bei der Staatsanwaltschaft

melden.

Die ecuadorianische Richterin Paola Bedón hat am Mittwoch Leónidas Iza unter Auflagen wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Präsident des Verbandes der indigenen Völker von Ecuador (CONAIE) und einer der Organisatoren des unbefristeten Streiks verbrachte somit 24 Stunden in Gewahrsam, nachdem er nach dem ersten Tag der Protestaktionen festgenommen worden war. Trotz der Behauptungen des Indigenen-Verbandes erkannte Bedón Izas Festnahme als legitim an.

Für die Zeit der Ermittlungen darf der CONAIE-Chef das Land nicht verlassen und soll sich jeden Mittwoch und Freitag bei der Staatsanwaltschaft melden. Iza wird zur Last gelegt, einen öffentlichen Dienst lahmgelegt zu haben. Demnach soll er zusammen mit seinen Anhängern die Autostraße E35 versperrt haben. Nach Ecuadors Strafgesetzbuch wird dies mit ein bis drei Jahren Gefängnis geahndet.

Nach seiner Freilassung auf Bewährung wandte sich der Streik-Anführer an seine Anhänger und erklärte, dass der Kampf weitergehe. Er bedankte sich bei anderen Verbänden und sozialen Organisationen für den festen Zusammenhalt.

"Kameradinnen und Kameraden, auf dem Spiel kann sogar unser Leben stehen, aber wir bleiben auf den Beinen und gehen nicht in die Knie."

Die Polizei hatte Iza am Dienstagmorgen in der Nähe von Pastocalle in der Provinz Cotopaxi im Zentrum des Landes festgenommen. Ecuadors Allianz für die Menschenrechte kritisierte die Festnahme als illegal und willkürlich und warf der Regierung von Präsident Guillermo Lasso vor, das Recht auf sozialen Protest zu kriminalisieren und zu verfolgen. Im Internet tauchte ein Video auf, auf dem zu sehen war, wie die Beamten Iza im Beisein seiner Anhänger aus einem Wagen zerrten und abführten.

Der Indigenen-Anführer wurde zunächst in die Hauptstadt Quito verlegt, dann aber wieder zurück in die Provinz Cotopaxi. Einige Stunden lang war sein Verbleib ungewiss. In Quito und in Latacunga, der Hauptstadt der Provinz Cotopaxi, fanden Protestaktionen statt. Vor der Haftanstalt, in der sich Iza befand, kam es sogar zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die Sicherheitskräfte setzten Tränengas ein. Es gab Berichte über Verletzte. Die Polizei berichtete von Angriffen auf Beamte und Akte des Vandalismus.

Die Massenproteste hatten im Andenland am Montag begonnen. Sie entzündeten sich unter anderem an den hohen Spritpreisen. Indigene blockierten Straßen und stoppten unter anderem den Fernverkehr, indem sie in mehreren Teilen Ecuadors Barrikaden errichteten.

Mit ihrem Streik wollen die Ureinwohner die konservative Regierung von Lasso dazu bringen, zehn Forderungen nachzukommen. Unter anderem verlangen sie, die Treibstoffpreise einzufrieren, den Schuldendienst für mehr als vier Millionen Familien zu stunden, faire Preise für landwirtschaftliche Produkte festzulegen und das Selbstbestimmungsrecht der indigenen Völker zu achten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a9d7a248fbef17ac5c158d.jpg>

20:33 (19:33) novorosinform.org: **Die DVR könnte als eigenständige Einheit Teil**

Russlands werden – Puschilin

Es sei durchaus möglich, dass die DVR nach dem Vorbild Tatarstans Teil Russlands werde und gleichzeitig den Namen „Republik“ behalte, sagte Denis Puschilin.

Das Oberhaupt der Republik sprach in einem Interview mit RT über die Möglichkeit, der DVR, Russland als eigenständige Einheit beizutreten, berichtet RIA Novosti.

Insbesondere bejahte Puschilin die Frage, ob die DVR nach dem Vorbild Tatarstans Teil Russlands werden könnte.

Dem Oberhaupt der DVR gefiel die Option nicht, „Gebiet Donezk“ genannt zu werden. Dies verbinde man in der Republik mit der "ukrainischen Vergangenheit".



https://novorosinform.org/content/images/68/03/46803_720x405.jpg